

Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Betr.: Anschubförderung (*wird von integration.web befüllt*)

Online-Antrags-ID: (*wird von integration.web generiert*)

1. Antragstellerin/Antragsteller	
Name / Bezeichnung	
Anschrift	
Gesetzlicher Vertreter (z.B. 1. Vorsitzender bei Vereinen)	Name: Funktion: Adresse: Telefon: Fax: E-Mail:
Ansprechperson im Projekt	Name: Funktion: Adresse: Telefon: Fax: E-Mail:
Hauptsächliche/ Überwiegende Herkunftsländer der Vereinsmitglieder	
Weitere Herkunftsländer der Vereinsmitglieder	
Eine Landesförderung im Rahmen der Richtlinie in einer der vergangenen Förderphasen ist erfolgt	☐ Ja ☐ Nein Geschäftszeichen:
Die Organisation erhält derzeit weitere Förderungen des Landes Nordrhein-Westfalen	☐ Ja ☐ Nein Bestehende Förderungen:
Zugehörigkeit zu einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege	☐ Ja Angabe Verband: ☐ Nein
Bankverbindung	IBAN:

	BIC:
	Bezeichnung des Kreditinstitutes:

2. Zuwendungsvoraussetzungen	
Die Antragstellerin / der Antragsteller vertritt eine Organisation, bei der mindestens die Hälfte der Mitglieder, der Vorstandsmitglieder oder der aktiv verantwortlichen Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind	☐ Ja ☐ Nein
Die Organisation wurde innerhalb der letzten fünf Jahre in das Vereinsregister eingetragen. Ein aktueller Vereinsregistrauszug ist angefügt bzw. wird noch eingereicht	☐ Ja ☐ Nein
Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt. Eine aktuelle Kopie des Anerkennungsbescheides der Finanzverwaltung über die Gemeinnützigkeit (nicht vorläufig, nicht älter als 3 Jahre) ist angefügt bzw. wird noch eingereicht	☐ Ja ☐ Nein
Der Verein bzw. die regionale Untergliederung eines eingetragenen Vereins ist in NRW ansässig	☐ Ja ☐ Nein
Falls die Organisation eine regionale Untergliederung ist, bitte erläutern	

3. Maßnahmen	
Art der Förderung	
Kurzbeschreibung	
Durchführungszeitraum	
Durchführungsort	
Zielgruppen	
Menschen aus einer bestimmten Herkunftsregion	
Kooperationspartner/innen	
Ausführliche Darstellung der Maßnahme / des Projekts	

4. Beantragte Zuwendung	
Beantragt wird eine Zuwendung in Höhe von	

5. Kostenplan				
Sachausgaben (inkl. Honorarausgaben, kurzfristig Beschäftigte, Minijobs)				
Lfd. Nr.	Beschreibung	Anzahl / Gesamtstunden	Preis je Einheit in Euro	Gesamtbetrag

6. Finanzierungsplan	
Gesamtausgaben	
abzgl. Leistungen Dritter	
Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	
beantragte Förderung (Summe Land NRW)	
weitere öffentl. Förderung	€

7. Erklärungen	
Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass	
7.1	☐ mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als maßnahmenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
7.2	die Maßnahme ohne eine Förderung des Landes nicht oder nicht in diesem Umfang durchgeführt werden kann
7.3	sie/er zum Vorsteuerabzug ☐ nicht berechtigt ist ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung berücksichtigt hat
7.4	☐ die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
7.5	☐ sie/ er die allgemeinen Datenschutzhinweise der Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnis genommen hat.
7.6	☐ die Zuwendung nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt wird, sie/er keine terroristische Vereinigung ist und sie/er keine terroristische Vereinigung unterstützt.

Hinweis auf § 264 StGB:
Ich erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass • sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigefügten Anlagen/Vordrucke gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind. • sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind. • die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind. • ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich

1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind,

2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende,

3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder

4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.

- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.

8. Anlagen

Vereinssatzung

Kopie des Anerkennungsbescheides der Finanzverwaltung über die Gemeinnützigkeit gemäß § 52 Abgabenordnung an die Antragstellerin oder den Antragsteller (nicht vorläufig, nicht älter als 3 Jahre),

Aktueller Auszug aus dem Vereinsregister

Erklärung gem. Nr. 4.1 der Förderrichtlinie